

Luxemburgische „Amnesty“-Gruppe und Rhodesien

1971 wurde die erste Adoptionsgruppe der luxemburgischen Sektion von Amnesty International gegründet. Diese befaßt sich gegenwärtig, gemeinsam mit über 250 weiteren Adoptionsgruppen in der ganzen Welt, mit dem Schutz der Menschenrechte in Rhodesien.

Dieses Land ist zu einem Schwerpunkt der Arbeit von Amnesty International geworden, seit das Regime von Ian Smith die Macht an sich gerissen und das Land in einem Versuch, die Herrschaft der weißen Minderheit (3,6% der Gesamtbevölkerung) über die Farbigen aufrechtzuerhalten, einseitig für unabhängig vom Vereinigten Königreich erklärt hat. Da dies ein Gegenstand zu der auf diesem Kontinent — mit Ausnahme von Südafrika — angestrebten und mehr oder weniger erfolgreich vollzogenen Entkolonisierung ist, wehrt sich die inzwischen politisch mündig gewordene schwarze Mehrheit gegen diese Entwicklung. Der Widerstand steigerte sich allmählich und wurde leidenschaftlicher, je mehr die Hoffnung auf Befreiung der zunehmenden Unterdrückung des schwarzen Bevölkerungsteils welken mußte.

Amnesty setzte sich für über 1.000 Opfer des weißen Regimes ein, allerdings mit

magerem Ergebnis, denn die Weißen, die sich bewußt sind, daß sie politisch in die Enge getrieben werden und international isoliert sind, führen eine immer unverfrorenere Schreckensherrschaft, um den Widerstand der Schwarzen zu brechen. Der Polizeiterror ist von dem katholischen Ausschuß *Justitia et Pax* in einem Weißbuch angeprangert worden. Die Autoren des Weißbuches wurden prompt des Landes verwiesen, unter anderem ein Bischof und ein irischer Priester, die Zeugen von den Verbrechen der Polizei und der Sonderabteilung des Sicherheitsdienstes waren. Es läuft darauf hinaus, daß jeder, der mit den „boys“ (Freiheitskämpfer) sympathisiert — und welcher Schwarze tut das nicht? — vogelfrei ist. Die Anwerbung von Guerillas wird mit dem Tod durch Erhängen nach einem geheimen Prozeß bestraft.

Da Gewalt nun einmal Gewalt auslöst, wird auch von den „boys“ Terror verübt, unter anderem gegen die Schwarzen, die mit der Polizei zusammenarbeiten.

Selbstverständlich ist jedoch der offizielle Terror in viel stärkerem Maße zu verurteilen, da dieser von der Regierung, der Justiz und der Polizei verübt wird, also von Organen, die eigentlich der Bevölkerung dienen sollen.

Diese Verurteilung gilt um so mehr der systematischen Folterung hilfloser Menschen. Die Folterung ist nicht nur das Werk verbrecherischer Elemente bei der Polizei, sondern wird offiziell durch ein Ge-

setz gefördert, das der Polizei praktisch einen Freibrief gibt. Die Gruppe 1 der luxemburgischen Sektion hat vor allem gegen die Anwendung dieses Gesetzes beim Premierminister, dem Staatspräsidenten und dem Minister für Justiz, Gesetz und Ordnung protestiert.

Besonders setzt sich die Gruppe für „ihren“ politischen Gefangenen ein: Sakhanya Mashonga, der 1974 gleich nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis von Gwelo wieder festgenommen und mit seiner Familie — „vorbeugend“, wie das heißt — und ohne irgendeinen Prozeß in ein Konzentrationslager eingewiesen wurde. Die Gruppe hat Kontakt zu diesem Gefangenen aufnehmen können. Die Korrespondenz wird jedoch von der Lagerleitung zensiert.

Die Aktion zum Schutz der Menschenrechte in Rhodesien und vielen anderen Ländern, in denen von der Polizei gefoltert wird, würde intensiviert, wenn sich auch Polizeivereinigungen und -gewerkschaften, auch im Großherzogtum, den Bemühungen von Amnesty anschließen und ihre Mißbilligung gegenüber der Polizei in anderen Ländern bekunden würden, die sich von nichtdemokratisch an die Macht gelangten Regimen für eindeutig im Widerspruch zu den Menschenrechten stehende Ziele mißbrauchen läßt.

A. I. L. Gruppe I

in: tageblatt, 40.12.1977